

Antrag

der Abgeordneten Gudrun Kopp, Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt am Main), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Stiftung Warentest in die Unabhängigkeit entlassen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die nötigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Stiftung Warentest in die Selbständigkeit zu entlassen.

Zur Wahrung der wichtigen Verbraucherschutzinteressen wird die Stiftung in die Lage versetzt, das nötige Stiftungskapital aufzubauen und damit eigenverantwortlich umzugehen. Zu diesem Zweck leistet die Bundesregierung eine Zahlung über fünf Jahre gestreckt von jährlich 20 Mio. DM (Gesamtsumme: 100 Mio. DM). Zusätzlich wird die Stiftungsrücklage in Höhe von 37 Mio. DM zum Aufbau des genannten Kapitalstocks verwendet.

Berlin, den 10. Oktober 2000

**Gudrun Kopp
Dr. Werner Hoyer
Rainer Brüderle
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Heinrich**

**Walter Hirche
Birgit Homburger
Ulrich Irmer
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt am Main)
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

Begründung

Die Stiftung Warentest, Herzstück neutraler und hochwertiger Verbraucherinformationen, ist erstmals in ihrer über 30-jährigen Erfolgsgeschichte durch die von der Bundesregierung vorgesehene Mittelkürzung um gleich 40 %, nämlich von 13 Mio. DM auf 8 Mio. DM im Haushalt 2001, in ihrer Existenz bedroht. Die Zuschüsse werden seit dreizehn Jahren in unveränderter Höhe zum Ausgleich der laut Satzung untersagten Anzeigenwerbung gewährt.

Bleibt es bei der vorgesehenen unzureichenden Finanzausstattung der Stiftung, kann diese ihre breite Palette von jährlich rund 2 200 Produkttests und 130 Warenuntersuchungen nicht länger gewährleisten. Konkret hieße dies, dass künftig nur noch Verkaufrenner geprüft werden können. Nischenprodukte, wie z. B. automatisierte Pflegebetten, Rollstühle etc., fielen aus dem Testprogramm völlig heraus.

Zudem erfordern die neuesten Planungen der Stiftung, Verbraucherinformationen vermehrt ins Internet (per Gebühren) einzustellen, zusätzliche Investitionsmittel.

Zu der drastischen Mittelkürzung kommt seit neuestem hinzu, dass die Bundesregierung die Stiftung mit zusätzlichen Aufgaben, nämlich mit Bildungstests, beauftragen will. Hierfür müsste die Stiftung aber völlig neue Kompetenzen aufbauen, die wiederum Geld und Zeit kosten. Dies erscheint gerade in der aktuellen Situation als unangebracht. Sinnvoller wäre es, wenn die Bundesregierung solche Aufträge öffentlich ausschreiben würde, um Bewerbungen verschiedener (auch privater) Fachinstitute zu ermöglichen.

Einzigster Ausweg aus der schwierigen Finanzsituation und vor allem, um jedes Jahr wiederkehrende Unsicherheiten über die künftige Finanzausstattung der Stiftung zu vermeiden, ist der komplette Rückzug des Bundes aus der Stiftung Warentest auf Sicht, und zwar nach Zahlung der erwähnten Gesamtsumme.